

Deutschkurse vor Regelklasse

Neue Initiative der jungen SVP: «Bessere Schulen für unsere Zukunft»

«Der Kanton sorgt dafür, dass in eine Regelklasse nur eintreten darf, wer integriert ist und gute Deutschkenntnisse nachweisen kann», heisst es im Initiativ-Text der jungen SVP.

we- Wer diese Bedingungen nicht erfülle, werde bis zur Erfüllung in Sonderklassen unterrichtet, heisst es im Initiativ-Text weiter, der in Form einer allgemeinen Anregung abgefasst ist. Davon betroffene Erziehungsberechtigte sollen sich an den anfallenden Kosten beteiligen. Eine ähnliche Regelung hat auch die Basler Regierung dem Parlament vorgeschlagen.

Für frühe Sprachförderung

Zur Begründung wird angeführt, dass Eltern, Lehrkräfte und Schüler zunehmend beunruhigt seien über die hohen Ausländeranteile an den Schulen. Vor allem die mangelnden Deutschkenntnisse fremdsprachiger Schüler sorgten für Kritik. Zwar gebe es im Kanton St.Gallen bereits separate Klassen, in denen ausländische Kinder und Jugendliche Deutsch lernen. Das genüge aber bei weitem nicht. Es brauche dringend gesetzliche Massnahmen, um einen ordentlichen und qualitativ einwandfreien Schulbetrieb für alle zu garantieren. Schlecht integrierte und schlecht Deutsch sprechende Ju-



Links Claudia Martin, Fachlehrerin, Mitglied Gossauer Stadtparlament, rechts National- und Kantonsrat Lukas Reimann, Wil.

gendliche dürften nicht mehr einfach in normale Regelklassen zugelassen werden und hier den Unterricht erschweren. Die Initianten verweisen in diesem Zusammenhang auf die Studie des Instituts für Bildungsevaluation der Universität Zürich, die die St.Galler Regierung in Auftrag gegeben hat. Danach sinkt die Klassenleistung bei einem Ausländeranteil von 40 Prozent. «Gute Sprachkenntnisse sind für den Schulerfolg massgebend» betont die Fachlehrerin Claudia Martin, Gossau. Die Sprachförderung müsse bei fremdsprachigen Kindern bereits vor dem Kindergarten einsetzen. Es könne doch nicht sein, dass viele Schweizer Familien auszögen, wenn ihre Kinder ins Schulalter kämen. Noch ge-

klärt werden muss die Forderung der Initianten nach einer Sprachprüfung bei Schuleintritt, bei der es zu entscheiden gilt, ob eine Sonderklasse oder eine Regelklasse zu besuchen ist. Die konkrete Ausgestaltung kann bei der gewählten Form der Initiative natürlich noch festgelegt werden. Nationalrat Lukas Reimann betont, dass die Initiative Bestandteile eines ganzen Strausses von politischen Vorstössen sei. Die Initiative «Unsere Regeln gelten für alle», welche gleiche Rechte und Pflichten für alle Schülerinnen und Schüler fordert, unabhängig von Religion und Geschlecht, ist von der Regierung als ungültig erklärt worden. Dagegen ist eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht eingereicht worden.